Probleme der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung

# Was heißt Sparsamkeit?

Aus der bis in die ersten Jahre nach dem 2. Weltkrieg reichenden Geschichte ist uns der Begriff der „Sparsamkeit" als Synonym für Hunger, Kälte und Entbehrung hinreichend bekannt. Die ungeschminkte Wirklichkeit des täglichen Lebens war Ursache der weltverbreiteten empirischen Erkenntnis, daß Sparsamkeit nichts anderes als Einschränkung oder Verzicht in der individuellen Konsumtion aus gegebener Notlage heraus bedeutet.

Oft trifft man deshalb auf Beispiele der völlig sinnentstellten Anwendung des Sparsamkeitsbegriffes auf unsere sozialistischen Verhältnisse, indem darunter der globale Aufruf zum Sparen im persönlichen Verbrauch verstanden wird. In der Deutschen Demokratischen Republik wären z. B. Maßhaltesappelle, wie sie von Kanzler Erhard in Westdeutschland im Interesse der Monopole erlassen werden, überhaupt nicht denkbar. Ein solcher Appell würde in diametralem Gegensatz zum ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus stehen, nämlich dem „Ziel der immer besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen . . ."[1]. Einziger Maßstab für den Anteil des einzelnen am Reichtum der sozialistischen Gesellschaft ist seine Leistung bei der Schaffung dieses Reichtums.

Die Anwendung des Sparsamkeitsbegriffs gehört also nicht in den Bereich der individuellen, sondern der produktiven Konsumtion. Er bezeichnet dort den sparsamen Verbrauch der Elemente des Produktionsprozesses — der lebendigen und vergegenständlichten Arbeit. Da sich beide Formen der Arbeit auf Zeit reduzieren lassen, geht es also letztlich um Einsparung der Zeit.

Das ist auch der Inhalt des oft zitierten und leider nicht immer verstandenen Gesetzes der Ökonomie der Zeit, das Karl Marx vor nunmehr über 100 Jahren formulierte: „Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto weniger Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger . . . Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen . . . Die wirkliche Ökonomie — Ersparung — besteht in Ersparung von Arbeitszeit (Minimum — und Reduktion zum Minimum — der Produktionskosten); diese Ersparung aber identisch mit der Entwicklung der Produktivkraft."[2]

W. I. Lenin verweist in praktischer Verwirklichung dieses Gesetzes an mehreren Stellen seiner Beiträge zur sozialistischen Wirtschaftsführung, die die theoretische Grundlage für unser neues ökonomisches System bilden, auf die Notwendigkeit eines strengen Sparsamkeitsregimes. Die Werktätigen müssen „. . . durch größte Sparsamkeit jede Spur jedweden überflüssigen Aufwandes aus ihrer Gesellschaftsordnung ausmerzen"[3] und erkennen, daß „. . . das Fehlen einer Rechnungsführung und Kontrolle in der Produktion und Verteilung der Produkte die Keime des Sozialismus vernichtet, Diebstahl am Staatseigentum ist . . ."[4]. „Für die wirtschaftliche Arbeit bedarf es — mag das auch kein ganz zutreffendes Wort sein — einer gewissen ‚Knauserei'."[5]

Eine zweite Wurzel des Verkennens des richtigen Inhalts des Sparsamkeitsbegriffes ist darin zu suchen, daß Allgemeines und Besonderes bestimmter Erscheinungen nicht verstanden werden. Aus der Tatsache, daß unsere Republik ein rohstoffarmes Land mit einer rückläufigen Arbeitskräfteentwicklung ist, wird häufig das Sparsamkeitsregime als ausschließlich territoriale Gegebenheit abgeleitet. Dem widerspricht nicht nur die eingangs gezeigte theoretische Abhandlung aus dem Gesetz der Ökonomie der Zeit, sondern auch die Praxis. Die Wirtschaft der Bundesrepublik zum Beispiel hat keine auch nur annähernd so große Schwierigkeiten in der Rohstoff- und Arbeitskräftesituation wie wir — und doch weist die Betriebswirtschaft ein strenges Sparsamkeitsregime auf, das seinesgleichen sucht. Die staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen sind unter anderem auf das gleiche Ziel im Rahmen der ganzen Volkswirtschaft gerichtet. Das Motiv all dieser Maßnahmen ist der Versuch, die durch die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte historisch herangereifte Vergesellschaftung der Produktionsmittel hinauszuzögern. Gleichzeitig werden die letzten Reserven der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mobilisiert, um über eine möglichst hohe Effektivität der Wirtschaft, sprich: Sparsamkeit, im ökonomischen Wettbewerb mit dem aufsteigenden Sozialismus temporär existieren zu können.

Das Ringen um Ökonomie der Zeit ist also ein echtes Kampffeld der Auseinandersetzungen zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen der Welt und in Deutschland. Die genannten Besonderheiten der Situation in der DDR unter besonderer Berücksichtigung unserer äußerst ungünstigen Startbedingungen **verschärfen** natürlich die Dringlichkeit sparsamer Verwendung des gesellschaftlichen Arbeitszeitfonds — sind jedoch nicht deren Ursache.

Was geht das nun einen künftigen Diplomingenieur an? Hierüber gab es in der Vergangenheit häufig keine klaren Vorstellungen. Bei Erkenntnis der objektiven Erfordernisse der Gegenwart, insbesondere unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, muß man jedoch entgegnen, daß es ihn sehr viel angeht. Natürlich ist der Hauptaufgabenbereich des Diplom-Ingenieurs auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet zu suchen. Aber gerade hier ist doch das ureigene Feld der Ökonomie der Zeit; hier werden die Reserven der Produktivkräfte erschlossen. In der angewandten Forschung und Technik zum Beispiel kommt es darauf an, hochwertige Maschinen und Anlagen zu konstruieren, deren Produktion dem Weltstand entsprechen. Worin drückt sich aber letztlich ihr Nutzen für die Gesellschaft aus? Auf keinen Fall in der technischen Perfektion an sich, sondern immer in dem dadurch möglichen ökonomischen Nutzen, also der Einsparung an Zeit. „Die Produktivität der Maschine mißt sich **an dem Grad, worin sie menschliche Arbeitskraft ersetzt.**"[6]

Ökonomie der Zeit ist aber nicht nur Kriterium der fertigen Maschine, da „die Produktivkraft der Arbeit nicht vermehrt wird, wenn die Produktion einer Maschine soviel Arbeit kostet, als ihre Anwendung erspart."[7]

Welchen Nutzen die Maschine für die Gesellschaft darstellt, hängt also nicht schlechthin von ihren technischen, sondern von ihren letztlich **ökonomischen** Parametern ab.

Nicht umsonst räumte Walter Ulbricht in seiner Rede auf dem 11. Plenum des ZK der SED dem Bereich der Forschung und Technik einen besonderen Platz ein: „Die nächste Phase der Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung auf diesem Gebiet muß deshalb von der Grundforderung ausgehen, **im gesamten Bereich der Forschung und Technik das ökonomische Denken zu fördern und durchzusetzen.**"[8]

Ein interessantes Beispiel dafür, welche Bedeutung den ökonomischen Kenntnissen und Fähigkeiten des Dipl.-Ingenieurs im internationalen Maßstab beigemessen wird, geht aus einer Notiz des Essener „Industrie-Anzeigers" hervor. Ein westdeutscher Wirtschaftsexperte schreibt über das „Geheimnis" der hohen Rentabilität des Maschinenbaus der USA unter anderem:

„Überall stößt man auf das ausgeprägte Kostenbewußtsein und Marktbewußtsein der amerikanischen Ingenieure . . . Es ist in den USA üblich, dem Konstruktionsbüro für eine bestimmte Konstruktion Maximalkosten vorzugeben. Genehmigung zum Bau eines Prototyps wird erst erteilt, wenn die Kostenvorausrechnung dem Marktpreis entspricht. Ist dies nicht der Fall, so geht der Entwurf an das Konstruktionsbüro unwiderruflich zurück."

Im weiteren wird dann die selbstverständliche Erkenntnis des amerikanischen Ingenieurs betont, daß man von ihm erwartet, „einen anständigen Gewinn zu erzielen".[9]

Auf die nüchternen Kategorien der Werttheorie reduziert, heißt das nichts anderes, als Verantwortung des Ingenieurs für die Senkung des Zeitaufwandes an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit — Ökonomie der Zeit — Sparsamkeit! Und das in den USA, die wahrlich über allen Verdacht einer rohstoff- oder arbeitskräftebedingten Notlage erhaben sind. Von diesen Überlegungen sollte jeder künftige Diplom-Ingenieur, gleich welcher Fachrichtung, ausgehen, wenn er sich selber Rechenschaft darüber ablegt, welche Voraussetzungen er für den von ihm gewählten Einsatzbetrieb besitzt. Es ist nicht so, daß nur der Ökonom angesprochen ist, wenn es um Kosten, Gewinn, Rentabilität, Nutzeffekt der Investitionen und Zuwachs an Nationaleinkommen geht!

Natürlich liegt die Verantwortung für die Ausbildung in erster Linie bei den Professoren, Assistenten und Mitarbeitern der Hochschule. Von der Haltung der Lehrkräfte zu den ökonomischen Wissenschaften hängt es nicht unwesentlich ab, wie die Studenten deren Notwendigkeit erkennen, anerkennen und beachten.

Erst die permanente Durchdringung der naturwissenschaftlich-technischen Ausbildung mit ökonomischen Aspekten garantiert die systematische Erziehung der Studenten zum ökonomischen Denken und weckt ihr Bedürfnis, in den Fächern wie Politische Ökonomie, Organisation und Planung und andere, das erforderliche theoretische Grundwissen zu erlangen. Ein internationaler Vergleich läßt erkennen, daß wir in dieser Hinsicht einiges aufholen müssen, um die gegebenen Möglichkeiten unseres sozialistischen Bildungssystems effektiv auszuschöpfen.

Schließlich muß das spezifische Gewicht ökonomischer Kenntnisse und Fähigkeiten der technischen Kader, wie es sich im internationalen Maßstab immer deutlicher abzeichnet, auch in den Prüfungsanforderungen an die Diplomanden Niederschlag finden. Gerade diese Möglichkeit wird m. E. sowohl bei der Abfassung der Diplomarbeiten als auch im Verlauf der Diplomkolloquien noch nicht konsequent genutzt. Es sei in diesem Zusammenhang auf den anläßlich der 205-Jahr-Feier der Bergakademie Freiberg charakterisierten neuen Typ des Absolventen unserer Hoch- und Fachschulen verwiesen: „Der neue Typ muß der DDR treu sein, über ein fundiertes theoretisches Grund- und Fachwissen mit praktischen ingenieurmäßigen Erfahrungen und Fertigkeiten verfügen, ökonomisch denken gelernt haben und die sozialistische Planungs- und Organisationswissenschaft beherrschen."[10]

**Alfred Leonhardt,** Institut für Marxismus-Leninismus, Abteilung Politische Ökonomie

1) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 323

2) Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), 1857—1858, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 89 und 599

3) W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 489

4) Ebenda, Bd. 27, S. 243

5) Ebenda, Bd. 32, S. 131

6) Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 409

7) Ebenda

8) Walter Ulbricht: Probleme des Perspektivplans bis 1970, Dietz Verlag, Berlin 1968, S. 32

9) „Industrie-Anzeiger" Essen, Nr. 47 vom 12. Juni 1962: „Einzelmaschinenbau der USA trotz hoher Löhne wettbewerbsfähig"

10) Walter Ulbricht: Probleme . . . S. 97

## Grenze sichern – unsere Pflicht

Auch diesmal ist der Bonner Regierung nichts Besseres eingefallen: Wie immer, wenn sie sich einer ernsthaften Auseinandersetzung nicht gewachsen fühlte oder die Felle ihrer verfahrenen Politik wegschwimmen sah, setzte sie alle Hebel in Bewegung, um mit billigen Taschenspielertricks den Lauf der Geschichte aufzuhalten.

Und es ist in den letzten Wochen und Monaten viel Unangenehmes für Bonn geschehen. Das 6-Punkte-Programm des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, zum Jahreswechsel 1965/66, der offene Brief des Zentralkomitees der SED an die Delegierten des Dortmunder Parteitages und an die Mitglieder und Freunde der SPD und vor allem der sich daraus entwickelnde Briefwechsel zwischen SED und SPD wirkten schockierend für Bonn.

Als Walter Ulbricht dann noch anläßlich des 12. Plenums des ZK der SED „wagte", der Konzertionsblankheit der Bonner Politik das konstruktive Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für den Weg zum zukünftigen Vaterland der Deutschen entgegenzusetzen, fiel das politische Klima im Bundesdorf unter den Nullpunkt.

Um die Situation zeitweilig zu retten und das offene Gespräch über die Lebensfragen der deutschen Nation zu sabotieren, werden nun unsinnige Forderungen erhoben, die für uns als Bürger der DDR indiskutabel sind. Hierzu gehört u. a. auch die Forderung nach einer Lockerung unserer Grenzsicherungsmaßnahmen.

Die Sicherung unserer Staatsgrenze nach Westdeutschland und Westberlin war bis zum 13. August 1961 sehr unvollkommen. Es war also eine der von Bonn heute für ein Ost-West-Gespräch geforderten Voraussetzungen jahrelang vorhanden. Was ist aber mit den offenen Grenzen herausgekommen? Doch nur eine Gefährdung des Friedens und eine Auswanderung der DDR!

Unsere bis zu diesem Zeitpunkt geübte Großzügigkeit veranlaßte maßgebliche Kreise Westdeutschlands und Westberlins, durch organisierten Menschenhandel, durch Spionage und Sabotage sowie durch planmäßige wirtschaftliche Störtätigkeit eine [illegible] gegen die DDR [illegible] und unserem Staat Milliarden-Schaden zuzufügen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erfüllte daher, nachdem ihre über 130 Verständigungsvorschläge in Bonn kein Gehör fanden, mit der wirksamen Sicherung der Staatsgrenze eine völkerrechtliche und staatspolitische Pflicht.

Die friedensfeindliche Politik der Erhard-Regierung in Bonn hat sich in der Zwischenzeit noch verschärft. Da kann es kein Lockern unserer Grenzsicherungsmaßnahmen geben!

**Dr.-Ing. G. Kaliske**
Institut für Technologie der Plaste

## Ein Deutschland, hochgeachtet und geehrt

**Zu aktuell gebliebenen Worten August Bebels an der Jahrhundertwende**

Am 19. November 1909 betrat der große deutsche Arbeiterführer und hervorragende Parlamentarier der Arbeiterklasse, August Bebel, die Rednertribüne des deutschen Reichstages. Den in Deutschland herrschenden Monopolkapitalisten und Militaristen setzte er in scharfer Kontroverse das Programm der revolutionären deutschen Arbeiter für die Gestaltung des zukünftigen Deutschlands entgegen.

„Wir wollen ein Staatswesen, das auf der Höhe der Kultur steht, in dem auch dem letzten seiner Staatsangehörigen die Möglichkeit gegeben wird, ein menschenwürdiges Dasein zu führen . . . Wir wollen den Fortschritt auf allen Gebieten. Wir bekämpfen die Standes- und Klassenherrschaft."

Mit diesen Worten umriß August Bebel das Ziel und die historische Notwendigkeit, ein wirklich menschenwürdiges, modernes, demokratisches deutsches Staatswesen zu schaffen, in dem alle Glieder der Gesellschaft, alle Angehörigen der Nation ein Leben in sozialer Sicherheit führen und sich aller Schätze der Kultur erfreuen können.

Es war die reale Vision eines deutschen Vaterlandes, in der das wahre Hauptanliegen des ganzen Volkes, der Fortschritt zur sozialistischen Nation, erfüllt war.

Dieses Deutschland sollte nach den Vorstellungen August Bebels in der Weltpolitik einen sehr bedeutsamen Platz einnehmen.

„Wir wollen", so sagte er in dieser Reichstagsrede, „daß Deutschland ein Land werde, das in der Welt hochgeachtet und geehrt dasteht, als ein Muster für alle Staaten."

Den Herrschenden rief er von der gleichen Stelle aus zu: „Das mit Ihnen zu machen ist unmöglich!"

Haben diese Worte in den letzten 60 Jahren auch nur das Geringste ihrer Aktualität eingebüßt?

### Die Grundfrage: Wie soll das zukünftige Deutschland aussehen?

Seit der Jahrhundertwende bis zum heutigen Tag ist die Frage aktuell, wie sie unsere Partei im offenen Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitages und alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland formuliert hat: „Wie soll das einige Deutschland aussehen, das Du erstrebst?"

August Bebel hat auf diese Frage bereits im November 1909 die richtige Antwort gegeben.

Stimmte es den Mitgliedern und Freunden der Sozialdemokratie in Westdeutschland nicht gut zu Gesicht, in lebendiger Rückbesinnung auf ihre revolutionären Traditionen, diese Antwort Bebels genau zu durchdenken und zur Grundlage ihres Handelns zu machen?

Es wäre doch ohne Zweifel für die friedliche Entwicklung in Deutschland, für die Annäherung beider deutscher Staaten, von großem Nutzen, würden sie in der Deutschen Demokratischen Republik jenes deutsches Staatswesen erkennen, in dem nach den Worten Bebels, auch dem „letzten seiner Staatsangehörigen die Möglichkeit gegeben wird, ein menschenwürdiges Dasein zu führen", jenes Staatswesen, das „auf der Höhe der Kultur" steht und in dem der „Fortschritt auf allen Gebieten" freie Bahn hat.

Es wäre für den Frieden in Europa und angesichts der Gefahr für den Bestand der deutschen Nation selbst, die von der Politik der herrschenden Kräfte Westdeutschlands hervorgerufen wird, zweifellos viel besser, erinnerten sich die westdeutschen Sozialdemokraten der Bebelschen Maxime von einem Deutschland, „das in der Welt hochgeachtet und geehrt dasteht". Das Bebelsche Deutschland wäre auf alle Fälle ein Deutschland, von dessen Boden kein Krieg ausgeht.

Ist es für einen ehrlichen Dialog zwischen den beiden größten deutschen Parteien und ihr Zusammenwirken zur Lösung der Lebensfragen der Nation nicht notwendig, daß die Sozialdemokraten mit August Bebel den westdeutschen Imperialisten und Militaristen und ihrer CDU/CSU zurufen: „Das mit Ihnen zu machen ist unmöglich!"

Die von wirklicher Sorge um das Schicksal der Nation getragenen Worte August Bebels, dieser Ausdruck wohlverstandener nationaler Würde, dieses glühende Bekenntnis zur Nation, stehen in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung nicht vereinzelt.

### Wer trat immer für die ganze Nation ein?

Stets und ständig, besonders an geschichtlichen Wendepunkten, besonders in Zeiten tiefster Not und Schmach, besonders in Zeiten heraufziehender Gefahr für unser Volk, standen die besten Vertreter aus den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung in Wort und Tat für die objektiven Interessen der gesamten Nation ein, und viele von ihnen gaben dafür ihr Leben hin.

Stellvertretend für viele sei hier aus der bewegenden Antwort Ernst Thälmanns auf Briefe eines Kerkergenossen (1944) zitiert:

„Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk und meine Nation, die ich mit großem Stolz vertrete, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation . . . Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit zum Besten der deutschen Zukunft, für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen . . ."

### Zwei grundlegende Seiten der nationalen Frage in Deutschland

Die Frage nach den Kräften, die einer friedlichen und demokratischen Entwicklung der Nation im Wege stehen, die den gesellschaftlichen Fortschritt verhindern, ja, die den Bestand der Nation überhaupt gefährden und deshalb überwunden werden müssen, ist eine der grundlegenden Seite der nationalen Frage.

Eine andere grundlegende Seite besteht in der Frage nach den Kräften, die objektiv dazu in der Lage sind, die Nation auf dem Wege des gesellschaftlichen Fortschritts, auf dem Wege einer friedlichen Entwicklung, bei der Schaffung einer wirklich demokratischen und menschenwürdigen Gesellschafts- und Staatsordnung zu führen.

Die deutsche Geschichte der letzten sechseinhalb Jahrzehnte hat den unwiderlegbaren Beweis erbracht, daß diese Kraft nur die Arbeiterklasse im Bunde mit allen demokratischen Kräften sein kann.

Im Osten Deutschlands hat sie im Bündnis mit den Bauern, mit der Intelligenz, mit den bürgerlichen Mittelschichten, mit allen friedliebenden und patriotischen Kräften der Bevölkerung, die Herrschaft des Imperialismus und Militarismus für immer beseitigt und in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik das Vorbild und die Grundlage für die zukünftige einheitliche, friedliebende, wirklich demokratische, also wirklich menschenwürdige Deutschland geschaffen, ein Deutschland, das im Bebelschen Sinne in der Welt hochgeachtet und geehrt dastehen könnte.

Das Programm für die Schaffung einer solchen Staats- und Gesellschaftsordnung, das einzige Programm einer deutschen Partei, das wirklich auf die Lösung der grundlegenden Lebensfragen der Nation in der Gegenwart orientiert, liegt uns heute in präzisierter Form in der Festansprache Walter Ulbrichts zum 20. Jahrestag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands „Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen" vor.

**Dipl.-Hist. Alfred Hupfer,**
Institut für Marxismus-Leninismus



SLUB
Wir führen Wissen.
TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ